

Sag nein!

Ein kriegsbesoffenes Land. Die deutsche Unterstützung im Ukraine-Krieg und die historische Friedensbewegung. **Von Helmut Donat**

■ Zum neuen Jahr erscheint im Bremer Donat-Verlag der von Hermann Theissen und Helmut Donat herausgegebene Sammelband »Bedrohter Diskurs. Deutsche Stimmen zum Ukraine-Krieg« mit Beiträgen u. a. von Peter Brandt, Christoph Butterwegge, Markus Meckel und Sahra Wagenknecht. Wir dokumentieren daraus mit freundlicher Genehmigung des Verlags den redaktionell leicht gekürzten Aufsatz von Helmut Donat »Ukrainekrieg und historische Friedensbewegung«.

(iw)

»Du. Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen kommen und dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!«

Wolfgang Borchert

Ludwig Quidde, Friedensnobelpreisträger (1927) aus Bremen, stellte bereits 1898 als Besonderheit des preußisch-deutschen Militarismus fest – im Unterschied zum britischen oder französischen –, dass mit ihm eine Dominanz des militärischen über das zivile Denken verbunden war, also die Vorrangstellung von Macht und Gewalt vor dem Rechts- und Friedensgedanken. Damit einherging eine Geringschätzung von Moral und Ethik. Der Krieg als »Vater aller Dinge« galt als Kulturerrungenschaft. Pazifisten wurden diffamiert, lächerlich und – wie Friedrich Wilhelm Foerster in den 1920er Jahren – als »übelstes Stinkgewächs am Giftbaum des deutschen Pazifismus« verächtlich gemacht.

Falsch verstandene Größe hat auf dem Irrweg der deutschen Politik seit 1871 eine erhebliche Rolle gespielt. In wenigen Jahrzehnten erstarrte das durch »Blut und Eisen« geschaffene preußisch-deutsche Kaiserreich in Waffen und verfügte über die stärkste Armee auf dem Kontinent. Statt das Angebot auf den Haager Friedenskonferenzen (1899 und 1907) anzunehmen und zwischenstaatliche Konflikte künftig durch internationale Schiedsgerichte zu regeln, griff es zu einer Welt-, Flotten-, Macht-, Kriegs- und Realpolitik, die einen bis dahin nicht gesehenen Rüstungswettlauf nach sich zog und in eklatantem Widerspruch zu der vorbismarckschen deutschen Geschichte stand. Damit hatte sich das Hohenzollernreich endgültig von der einstigen Rolle Deutschlands, Mittler zwischen Ost und West, Nord und Süd zu sein, entfernt. Nicht mehr friedlicher Ausgleich und Verständigung innerhalb der europäischen Völkergemeinschaft steuerte die Entwicklung, sondern der Wille, in Europa und der Welt eine führende Rolle einzunehmen, einen »Platz an der Sonne« zu erstreiten.

Dabei sein und Einfluss nehmen

Seit dem 24. Februar 2022 tun die alten wie neuen militärfremden Kreise alles, um ihre Deutung der Geschichte voranzutreiben und dem Denken in Gewaltkategorien erneut eine überragende Stellung zu geben. Es geht dabei um nicht weniger als die Frage, welche Rolle die Gewalt, die Bundeswehr und Deutschland künftig in Europa und der Welt einnehmen werden. Die Haltung der Bundesregierungen und der übergroßen Mehrheit der Bundestagsabgeordneten aus CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen seit der Wiedervereinigung erinnert an jenes Machtstaatsdenken, das der preußische Kriegsminister Albrecht von Roon im Februar 1862 mit seinem Ausspruch, wo es »Händel« gebe, da müsse Preußen als »Parvenu unter den Großmächten« dabei sein, auf den Punkt gebracht hat. Wenig anders redete die einstige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen im Rahmen der Debatte 2013/14 »Neue Macht – neue

Verantwortung«, als sie im Zusammenhang mit Waffenlieferungen an die Kurden in Kriegsgebieten im Norden des Irak für deren Kampf gegen den »Islamischen Staat« zum Tabubruch aufforderte und behauptete: »Wer sich raushält, hat keinen Einfluss.«

Die fortschreitende Militarisation der deutschen Außenpolitik und ihre innenpolitische Rechtfertigung sind in den folgenden Jahren unübersehbar gewesen. Es fällt daher schwer, von einer »Zeitenwende« zu sprechen. Die Rede von Bundeskanzler Scholz vom 27. Februar 2022 im Bundestag wirkt deshalb eher wie ein inszeniertes Spektakel, das an die Sitzung des Reichstages vom 4. August 1914 und die Bewilligung der Kriegskredite durch eine zuvor nicht für möglich gehaltene »nationale Einheitsfront« erinnert. Wie 1914 machte sich in Friedenskreisen angesichts der »geistigen Massenerkrankung« zunächst eine Lähmung breit. Sinn für Kritik schien abhandengekommen zu sein, selbst viele ernsthafte, skeptische Menschen ließen sich mitreißen. Gegner des Krieges wandelten sich über Nacht zu Kriegsbefürwortern. Viele begannen abzuwarten und hofften, dass die Epidemie sich mildern und abschwächen würde. Auffallend war nach wenigen Wochen: Den einstigen Nimbus der Unbesiegbarkeit der deutschen Armee übertrugen die Medien und viele Politiker, als befänden sie selbst sich im Krieg, zusehends auf die Ukraine. Je weniger Erfolge es aber gibt, um so mehr klammern sie sich an die Vorstellung, Russland mittels des Ukraine-Krieges eine schwere Niederlage zuzufügen und in den Ruin zu treiben. Sie rechnen nicht – wie schon im Ersten und im Zweiten Weltkrieg – mit den Unwägbarkeiten des Kriegsverlaufs. Ein Plan B existiert auch heute nicht. Alles ist auf Sieg getrimmt.

»Engel aus der Hölle«

In mancherlei Beziehung erinnert die vor allem von den Militärbehörden systematisch betriebene Lahmlegung des organisierten Pazifismus im Ersten Weltkrieg an die Gegenwart. Wer sich heute für eine rasche diplomatische Lösung des Konfliktes ausspricht, wird gemieden, unter Druck gesetzt, ausgeladen oder gar nichts erst eingeladen bzw. verdächtigt, im Interesse Putins zu handeln. Die ablehnende Haltung von politisch Verantwortlichen und eines großen Teils der Presse und Medien gegenüber Menschen, die für Friedensverhandlungen eintreten, speist sich aus Traditionen, die deutschnationaler Herkunft sind und pazifistischen Vorschlägen gegenüber schon immer feindlich gesinnt waren. Wenn etwa Sascha Lobo von einem »Lumpenpazifismus« spricht, so befindet er sich damit in guter Nachbarschaft zu althergebrachten Mustern militaristischer Denkart.

Ebenso verhält es sich mit Ralf Fücks, der in den »Tagesthemen« der ARD am 4. Mai 2022 in der Ausgabe von 22.30 Uhr verkündete: »Der Friede ist nicht der höchste aller Werte!« Darüber stünden »Gerechtigkeit und Freiheit«. Auch das ein alter Hut, der Pazifisten schon im Ersten Weltkrieg vor die Füße geworfen wurde. Mit solchen Reden – »Friede ist ... weder das höchste Gut noch auch unbedingt und in jedem Falle ein Gut, er kann auch ein Übel sein« – hat sich schon der evangelische Theologe und rheinische Pfarrer Hermann Kremers (1860–1934) gegen »pazifistisches Lämmehüpfen« gewandt. Nicht der Pazifismus schaffe den Frieden, so der Kriegsenthusiast Kremers weiter, sondern das Recht gründe sich auf das Schwert. Fücks ist nicht klar, dass, wenn überhaupt etwas über dem Frieden steht, es allein die Wahrheit ist.

In die Sudelküche von Kremers Gedankengängen hat sich auch Bundeskanzler Scholz begeben, als er in seiner Rede in München am 18. August 2023 Gegner von Waffenlieferungen für die Ukraine als »Engel aus der Hölle« stigmatisierte und damit nach über hundert Jahren ein von



Kremers verbreitetes Vorurteil wiederbelebt. Wie Olaf Scholz jedweden Respekt vor Andersdenkenden vermissen ließ, sprach Kremers von »jenem fanatisch-heuchlerischen Pazifismus, dessen Propheten ›in Schafskleidern kommen, inwendig aber sind sie wie reiße Wölfe.« Wer Friedensstreiter mit Teufeln und Dämonen vergleicht, muss sich sagen lassen, dass er einem Freund-Feind-Denken und dem Krieg das Wort redet – anstatt Frieden zu stiften und zu argumentieren.

Solche Diffamierungsmethoden gehören längst zum Alltag. Die Kriegsbefürworter wollen nicht gelten lassen, dass auch andere Auffassungen legitim sind. Wer vom gouvernementalen Standpunkt abweichende Standpunkte äußert, muss vom Gegner gesteuert sein und stößt auf schroffe Ablehnung. Das war besonders schlimm in den ersten Tagen und Wochen nach dem 24. Februar 2022, als die Kriegszustimmung höchste Wellen schlug. Hingegen spielte die Tatsache, dass der Krieg etwas überaus Grauensvolles ist, kaum eine Rolle. Daran erschreckend ist, so Eugen Drewermann, »das Typische, das immer Wiederkehrende im Raum der Sozialpsychologie, sobald es um Frieden, um Macht und Geltung, Geltung und Einfluss geht: Stets drängen die immer gleichen Reaktionsweisen sich in den Vordergrund.«

In Talkrunden sind fast immer die gleichen Leute zu sehen, kein Schritt vorwärts im Erkennen von Problemen, Ursachen, Wirkungen, Verstehen der Geschichte etc. Karussellartig dreht sich alles um die deutsche Seele und Befindlichkeit sowie um die »Lehren«, die aus der Erfahrung mit Putin zu ziehen seien – langweilig, unangenehm und propagandistisch: Stereotype, ohne die geringste Mühe, das Geflecht von Ursache und Wirkung in Betracht zu ziehen. Es geht nicht um die Erhellung von Zusammenhängen, sondern um Bekenntnisse, die oft nicht mehr sind als verdünnte Parolen aus der Zeit des Kalten Krieges. Da heißt es: Die Ukrainer kämpfen für unsere Freiheit – wie es schon am Hindukusch nicht der Fall gewesen ist –, es handle sich um die Einhaltung der Normen des internationalen Zusammenlebens, und es gebe keine andere Lösung des Problems als die Fortführung des Krieges bis zu einem »Siegfrieden«.

An dem Erfolg durfte schon im Ersten Weltkrieg kein Zweifel aufkommen. Erwies sich der Feind ungeachtet der Voraussagen und Anstrengungen als nicht bezwingbar – dem Endsieg tat es keinen Abbruch. Für Alfred Hermann Fried, Friedensnobelpreisträger von 1911, verwandelte sich die Welt, wie er seinem Tagebuch vom 7. August 1914 anvertraute, »mit einem Schlag in ein großes Heerlager« und – um mit dem Hamburger Pazifisten, Pädagogen und Schriftsteller Wilhelm Lamszus zu

sprechen – in ein »Menschenschlachthaus«. Doch Fried wie andere Pazifisten erholten sich bald von dem Schock und setzten sich für einen raschen Verständigungsfrieden ein. Doch sie wurden noch mehr als zuvor verhöhnt, ausgegrenzt, überwacht, verfolgt, sogar inhaftiert sowie als »Flaumacher« und »Verräter« beschimpft.

Die militärische Lage im Ukraine-Krieg gleicht der im Ersten Weltkrieg. Große Geländegewinne gibt es nicht, statt dessen ein zermürbender Abnutzungskrieg. Und selbst der US-Generalstabschef spricht von einer Pattsituation. Doch statt aufzuhören und nach einer Verständigungslösung zu suchen, um weiteren Zerstörungen vorzubeugen und Menschenleben zu retten, verschärft man den Ton, macht sich weiter für einen »Siegfrieden« stark. Das erinnert an die militaristisch-nationalistische Propaganda im Ersten Weltkrieg, als es darum ging, vom Volk weitere Opfer zu verlangen. Wer sich dagegen oder gar gegen die maßlosen Annexionsforderungen wandte, wurde gebrandmarkt, für einen »faulen Frieden« einzutreten. In diesem Sinne haben sich am 24. Februar 2023 Robert Habeck und drei Tage danach auch Kevin Kühnert im Fernsehen geäußert. Letzterer plädierte mit folgenden Worten für einen »Siegfrieden«: »Man kann nur aus einer Position der Stärke verhandeln.« Eine Verständigung ist mit einer solchen Faustpfandstrategie ausgeschlossen.

Feindbegünstigung

Als Kurt von Tepper-Laski, bekannter Rennreiter und Vorsitzender des pazifistischen »Bundes Neues Vaterland«, sich im Frühjahr 1915 für Friedensverhandlungen mit England einsetzte, stempelte man ihn zu einem »ganz gemeingefährlichen Menschen«. Wer Zweifel an der Regierungs- und Kriegspolitik äußerte, dem hielten die Kriegsenthusiasten vor, den deutschen Interessen zu schaden und vor dem Feind zu Knie zu kriechen. Selbst die leiseste Kritik wurde als verwerflich angesehen. Wer gar die Wahrheit sagte über die Mitverantwortung oder – mehr noch – die Schuld der zivilen und militärischen Leitung des Hohenzollernreiches an der Entfesselung des Weltkrieges, galt als »mehr oder weniger verrückt«.

Wie einst im Sommer 1917 Benedikt XV., hat Anfang März 2022 wieder ein Papst eindringlich dazu aufgerufen, den Krieg durch einen Waffenstillstand und Verhandlungen zu beenden. Ebenso fand sein Angebot, als Friedensvermittler zu wirken, wenig Gehör – insbesondere in deutschen Ländern. Als er gar noch erklärte, dass der



Westen bzw. die NATO eine Mitverantwortung am Krieg trage, titelte *Bild* am 7. Mai 2022: »Papst schlecht beraten: Putin-Komplotz im Vatikan!« Papst Franziskus also ein Vertreter der Hölle?

Hysterie statt Ursachenforschung

Wie im Ersten Weltkrieg sind die meisten Menschen politisch das Produkt ihrer regelmäßigen Zeitungslektüre und – heute – der Rundfunk- und Fernsehberichterstattung. Da die meisten Zeitungen die Haltung der Ukraine rechtfertigen und unterstützen, darf man sich nicht wundern, wenn viele Deutsche mit ihren Zielen mitgehen. Zur Irreführung der Öffentlichkeit gehört es, den Gegner zum Inbegriff der Niedrigkeit zu machen. War im Ersten Weltkrieg vor allem der England-Hass weit verbreitet, so ist es heute die Russophobie. Dem Feinddenken entspricht die leichtfertig erhobene Zurechnung von schwerwiegenden Untaten, die dazu angetan sind, den Gegner zum Inbegriff der Niedrigkeit zu machen. So sprach Marie-Agnes Strack-Zimmermann am 3. April 2022 von einem »Völkermord« und Johann Wadepful am 22. April 2022 im Bundestag von einem »Zivilisationsbruch ohnegleichen« und dass die Ukraine einem »schrecklichen Vernichtungskrieg« ausgesetzt sei. Solch fälschlicher Gebrauch von Begriffen sowie die damit verbundenen Bewertungen stimmen weitgehend mit der ukrainischen Kriegspropaganda überein bzw. folgen dieser unkritisch.

Es ist bezeichnend, dass die Frage nach den Ursachen des Konfliktes in der westlichen Berichterstattung keine Rolle spielt. Im Vordergrund steht nicht, was man vielleicht selbst in der Vergangenheit falsch gemacht hat – was der Erklärung einer Mitverantwortung gleichkäme –, sondern nur das Jetzt. Putin gilt als Schreckgespenst, dem das Handwerk zu legen sei. Man kann es auf eine Kurzformel bringen: Der Westen ist gut, Russland ist schlecht. Dessen wichtigster Exportschlager sei die Gewalt. Überall wimmelt es von Kriegsverbrechen, Massengräbern, Vergewaltigungen, Kinderverschleppungen, Vernichtungskrieg, Völkermord, Zivilisationsbruch, Abschachtungen etc. Ziel Putins sei es, ein Land nach dem anderen zu überfallen etc. Dass mit solchem Feinddenken eine ungeheure Militarisierung der Köpfe in unserem Land einhergeht, steht außer Frage.

Russland wird aus dem Konflikt vermutlich als Geschädigter hervorgehen und über Jahre hinaus mit einem schwer auszulöschenden Makel behaftet sein. Die Rufe nach einem einigen Europa unter deutscher Führung dürften noch lauter werden. Manche aus den regierenden und nationalen

Kreisen reden darüber, wie der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil, schon ganz offen. Gegen ein Europa und Deutschland, das sich auf seine historischen Werte besinnt, ist wenig einzuwenden. Vor allem wird es darauf ankommen, worauf es beruhen soll: auf einer Macht- und Gewaltpolitik, die aufs engste mit der preußischen Wende der deutschen Geschichte seit 1870/71 verbunden gewesen ist, oder auf die Rolle, die es in den Jahrhunderten zuvor gespielt und eingenommen hat.

Der Kriegsfaktor par excellence im Europa der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war Deutschland – und nicht Russland. Erst nach 1945 kehrte wieder Ruhe auf dem Kontinent ein, weil von deutschem Boden kein Krieg mehr ausging. Frankreich, Belgien, Luxemburg, die Niederlande etc. waren sicher, nicht erneut überfallen zu werden. Anders die Lage im Osten. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, der Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion, hielten nahezu alle westdeutschen Politiker daran fest, die durch den Krieg geschaffenen Realitäten zu negieren und zu den Grenzen von 1937 zurückzukehren. Erst die Ostpolitik unter Willy Brandt, Egon Bahr und Walter Scheel nahm Abschied von solch revanchistischen, illusionären und gefährlichen Bestrebungen. Seitdem Deutschland ohne Besatzungsstatut und souverän ist, hat es begonnen, sich nach und nach weltpolitisch zu engagieren. An seiner Lage inmitten Europas indes hat sich nichts geändert. Wie vor 1870/71 ist es mit seinen Nachbarn befreundet und von ihnen geschätzt, nur kleiner ist es geworden – und eine große Mehrheit der Deutschen hat gelernt, dass es sich auch ohne Krieg und selbst auf kleinerem Raum gut leben lässt.

Nach über 150 Jahren befindet sich Deutschland wieder in der Situation, in der es einst gewesen ist. Doch wie geht es mit seiner eigentlichen Aufgabe um, ausgleichend zwischen Ost und West, Nord und Süd zu wirken? Wird es einer dem Frieden dienenden Staatskunst gerecht? Hat es sich wirklich von alten, in der Tiefe schlummernden Politikkonzepten gelöst, die sich auf Macht und Stärke, Feinddenken, Gewalt und Krieg gründen? Wir stehen an einer Wegscheidung. Will Deutschland wiederum Weltpolitik betreiben, dabei erneut in Waffen erstarrten und im Innern jedwede Opposition dagegen ausgrenzen? Will es sich als Führungsmacht im mitteleuropäischen Raum gegen den Feind im Osten etablieren und an die Stelle der USA in den Kampf gegen Russland treten? Benutzt es den Ukraine-Krieg, um – wie schon seit längerem angestrebt – eine größere machtpolitische Rolle, genannt »mehr Verantwortung«, in der Welt zu übernehmen? Oder betrachtet es den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine als einen Irrweg, in

Was am Ende vom Krieg bleibt, sind Friedhöfe. Tucholsky meinte, Soldaten seien Mörder. Der Dichter Peter Hacks konkretisierte später, ein Soldat sei einer, der stirbt. (Grab in Lwiw, 28.10.2023)

den es selbst eingewoben ist, und sucht es auf dieser Basis nach einer Lösung, die es allen Beteiligten ermöglicht, zu einer Politik der Verständigung, Wiedergutmachung, Entspannung und Abrüstung zurückzukehren?

Unverarbeitete Vergangenheit

Das Wiedererstehen und die Neuverfolgung deutscher Welt- und Wehrpolitik sind nur erklärlich aus der bewussten Nichtbearbeitung der Vergangenheit. Das Unverarbeitete aber unterliegt der Gefahr der Wiederholung. Das Ziel eines einigen Europas darf nicht darauf hinauslaufen, eine deutsche Art der Integration zu vollziehen und den anderen Ländern den deutschen Willen aufzuerlegen. Davor ist ernsthaft zu warnen. Es würde zur Auflösung des europäischen Gedankens statt zu seiner Verwirklichung führen. Das sollten sich nicht nur die Deutschen selbst, sondern auch die anderen Völker vor Augen führen, um vor gefährlichen Überraschungen und Enttäuschungen sicher zu sein. Was bedeutet es in diesem Zusammenhang, wenn Verteidigungsminister Boris Pistorius im Oktober 2023 einen »Mentalitätswechsel« fordert und erklärt, die »Zeit der Friedensdividende« sei vorbei und Deutschland müsse »wehrhaft«, »kriegstüchtig«, ja sogar »kriegsbereit« und »kriegsfähig« werden? Damit geht er weit über die Diktion der CDU hinaus, die sich vorsichtiger mit »verteidigungsfähig« und »-bereit« begnügt. Offenbar redet er damit den Traditionalisten und Scharfmachern in der Bundeswehr das Wort und orientiert sich dabei an deren Einschätzung, dass wir uns bereits in einer Vorkriegsperiode oder mitten auf dem Weg in eine kriegerische Zukunft befänden – einer Zeit vor dem Dritten, den Zweiten tausendfach übertreffenden Weltkrieg! Statt darüber nachzudenken, was zu tun ist, um auch mit Russland auf den Weg zu einer Entspannung zurückzukommen, wird der Krieg erneut zur Ultima ratio erklärt.

Dazu passt das Bestreben, mit der Einführung eines »Veteranentages« dem Militär gegenüber allen anderen Veteranen eine höhere Wertschätzung entgegenzubringen und gesetzlich zu verankern. Sind z. B. Veteranen, die in Krankenhäusern und Arztpraxen ein Leben lang tätig waren und Menschen pflegten, heilten und Leben retteten, weniger zu ehren als jene, die im Verteidigungsbereich Gewehr bei Fuß stehen? Offenbar soll das Primat des Militärs vor dem Zivilen erneut zur obersten Staatsräson erhoben werden. Früher nannte man das »Militarismus«, den der Sozialökonom und Pazifist Oskar Stille einmal so charakterisiert hat: »Militarismus ist nicht das Vorhandensein von der Verteidigung des Landes dienenden Soldaten, sondern ein System der Vorherrschaft und Überbewertung des Militärischen.«

Wohin das in zwei Weltkriegen geführt hat, ist bekannt. Die Uniform, das Prinzip von Befehl und Gehorsam, die Ausbildung zum Töten, die Wehertüchtigung und der Weg in verordnete Unmenschlichkeit sollen mehr als je zuvor zu Leitbildern erhoben werden. Das erinnert an den gescheiterten Versuch Mitte der 1990er Jahre, Soldaten vor dem Vorwurf, Mörder zu sein, mit einem »Ehrenschutzparagrafen« vor sogenannter Verunglimpfung zu bewahren. Offenbar ist die Feststellung von Friedrich Wilhelm Foerster, der bereits im November 1928 vor dem von deutschem Boden ausgehenden Zweiten Weltkrieg warnte, aus dem Jahr 1932 im Kern aktuell geblieben: »Es gab außerhalb Deutschlands kein Volk, in dem weithin der Krieg als die große unentbehrliche moralische Hygiene des menschlichen Charakters und der menschlichen Gesellschaft verherrlicht worden wäre und wo anlässlich der Einberufung der Haager Konferenzen führende Gelehrte, so wie es bei uns geschehen, vom »feigen Friedensdusel« zu sprechen gewagt hätten. Es ist ein ungeheurer Unterschied, ob in einem Volke der Völkermord als entsetzliche, letzte »ratio regum« betrachtet wird, so dass auch der Offizier nicht gern in Uniform in Gesellschaft erscheint und aus den politischen Entscheidungen der Nation völlig ausgeschaltet ist, oder ob er mit lautem Zynismus als höchste regenerierende Äußerung der nationalen Vitalität gefeiert und das

Militär als oberste Kaste und leitende Berufsschicht gilt, deren Anschauungen, Ehrbegriffe und Manieren als maßgebend für alle andern Schichten, ja auch für das weltpolitische Auftreten der Nation verehrt werden.«

Anders ausgedrückt und auf die Gegenwart bezogen: Die vielbeschworene Hinwendung zur »Normalität« geht mehr denn je mit einer »Renaissance des Militärischen« und Rückkehr zum Weltmachtdenken einher – ein Gemisch aus Biederkeit, nationaler Eitelkeit und Überheblichkeit, Angst- und Scharfmacherei, Abschreckungswahn und moralisierendem Kriegsgeschrei. Und als hätte es keine zwei Weltkriege gegeben, treten hinzu: Militärfrömmigkeit und Überlegenheitsdünkel, Schwertglauben und Militärexpertentum mit Phrasenschwall, begleitet von der Paranoia eines Verfolgungswahns, der andere verfolgt, auf die er projiziert, was er selber tut.

Dem Kern des Problems weicht auch Pistorius aus: dass Soldaten in der »Kunst« des Tötens unterwiesen und insbesondere heute zum Massenmord ausgebildet werden, dass Krieg und Grausamkeit unauflöslich miteinander verknüpft sind. Sehr treffend sagt der Pazifist Hans Fülster dazu: »Die Barbarei lässt sich nicht idealisieren; das Unmenschliche lässt sich nicht humanisieren. Der Krieg zwingt zur Unmenschlichkeit, zur Unmoral, zur Barbarei. Die Blutarbeit erstickt das Gefühl der Menschlichkeit; der Krieger wird unempfindlich gegen fremde Leiden ... Der Krieg bringt eine grundsätzliche Umwertung aller sittlichen Begriffe. Er zerbricht alle ethischen Werte in ihr Gegenteil ... Im Frieden gilt das Gesetz: Wer tötet, den trifft lebenslange Strafe. Im Kriege lautet das Gebot: Du sollst töten.«

Endziel: Friedhof

Wie weit das Denken in Militär- und Kriegskategorien fortgeschritten ist, mag ein Rückgriff auf die frühen 1990er Jahre verdeutlichen. Damals schrieb Graf Kielmannsegg, als Bundeswehr-General schon zuvor Generalstabsoffizier der Wehrmacht, in einem Aufsatz, dass »nicht der Frieden«, wie es Gustav Heinemann einmal ausgedrückt hat, »der Ernstfall ist, sondern der Krieg«. Es gebe Krieg, fährt der General fort, »weil die Welt ein für alle Mal ist, wie sie ist, gut und böse, friedfertig und gewalttätig, gerecht und ungerecht«. Das bleibe für alle Zeiten so: »Denn Krieg, Gewalt, Tod und Ungerechtigkeit können eben nicht in einer moralischen Anstrengung für immer aus der Welt geschafft werden.« Und dann heißt es – und man fragt sich, hat Pistorius von dem General abgeschrieben? –: »Auf die Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr hin ist also alles auszurichten, Ausbildung, Ausrüstung und Struktur, Ethos, Erziehung, Sinnvermittlung und Motivation müssen sie mit einschließen.« Mit »out of area« fing es an, inzwischen sind wir bei den Vorbereitungen auf einen Krieg in Europa – gegen Russland – gelandet. Bezeichnend ist: Was einst Empörung und Kritik hervorrief, gilt heute als nahezu »normal«.

Das Denken von Kielmannsegg und Pistorius ist mehr als besorgniserregend. Wenn die Geschichte und das Wesen des Menschen auf Gewalt und Krieg konzentriert und reduziert werden, welche Mittel der Konfliktbewältigung bleiben dann eigentlich noch außer denen, die Tod und Zerstörung bedeuten? Und lehrt nicht gerade das deutsche Beispiel, dass Politiker und Militärs die Welt so behandeln, wie sie sich die Geschichte vorstellen? Als ein Schlachtfeld, auf dem es sich zu behaupten gilt – und heraus kommt dabei am Schluss ein riesengroßer, unüberschaubarer Friedhof.

■ **Bedrohter Diskurs.** Deutsche Stimmen zum Ukrainekrieg. Bremen: Donat-Verlag 2024, 368 Seiten. Das Buch kann noch bis zum 31.12.2023 per Subskription für 19,80 Euro erworben werden. Im Anschluss kostet es 24,80 Euro. Interessenten schreiben bitte an: info@donat-verlag.de.

■ **Lesen Sie morgen auf den iW-Themaseiten:**

Bündnis zerbrochen. In Spanien gehen Sumar und Podemos getrennte Wege

Von Carmela Negrete